

Laibacher Zeitung.

N^o. 16.

Dinstag am 21. Jänner

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post porto-frei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Inserationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Insetionsstempel“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Aemtlicher Theil.

Se. Majestät haben mit a. h. Entschliessung vom 27. December v. J., die an der Prager Universität erledigte Lehrkanzel des Bibelstudiums des alten Bundes und der orientalischen Dialecte dem Priester des Kreuzherrn-Ordens mit dem rothen Stern, Dr. Eduard Petr, allergnädigst zu verleihen geruht.

Seine Majestät der Kaiser haben mit a. h. Entschliessung vom 8. Jänner d. J., Nr. 1669, dem Corporalen Jamnig, Gensd'armen Seidenader und Wontschina, des 11ten Gensd'armie-Regiments, in Anerkennung ihres unerschrockenen muthvollen Bemühens bei Ausführung ihrer Dienstpflicht, dem ersteren, Jamnig, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone, dem Gensd'armen Seidenader die silberne Tapferkeitsmedaille erster Classe, und dem Gensd'armen Wontschina das silberne Verdienstkreuz zu verleihen geruht.

Nichtämmtlicher Theil.

Slavische Rundschau.

* **Wien**, 16. Jänner. Es dürfte interessant seyn, zu erfahren, daß in Wien gegenwärtig fünf slavische Zeitschriften erscheinen. Die Buchdruckerei der Mechitaristen verdient vorzüglich, daß wir derselben unsere Aufmerksamkeit schenken. Es erscheinen daselbst: 1) die „Slovenské Noviny,“ redigirt von den Herren Daniel Eichard und Jonas Zaboršky, seit der 2. Hälfte des Jahres 1849 wöchentlich drei Mal, theils mit lateinischer, theils mit Schwabacher Schrift gedruckt. 2) „Wystnik dla Rusinow,“ eine Zeitschrift für Ruthenen, redigirt von Ivan Holowacki, drei Mal in der Woche, mit cyrillischen Lettern gedruckt. 3) „Videnski Dennik“ (Wiener Tagblatt), eine böhmische politische Zeitung, redigirt von Jan Botka, mit 4) einer belletristisch-wissenschaftlich-literarischen Beilage „Vesna“ (Frühling) und 5) „Mirozrenia,“ eine Zeitschrift in bulgarischer Sprache, redigirt von Joan Dobrovič, in monatlichen Hefen à 2 Bogen. Die letzten 4 Blätter sind im Jahre 1850 gegründet worden.

* **Prag**, 15. Jänner. Die aus Anlaß der Jubiläumsfeier der Prager Universität eingeflossenen Beträge in der Gesamtsumme von 89.346 fl. 31 kr. C. M. wurden zu einer Statue des Kaisers Carl IV.; Herausgabe einer Geschichte der Prager Universität, von B. B. Tomek, und eines Werkes von Stitny aus den Zeiten Kaisers Carl II.; Prägung einer Jubiläumsmedaille, ferner zur Schaffung eines Bildnisses des Kaisers Ferdinand V., als Königs von Böhmen, und der Ueberrest zur Bereicherung der Krombholz'schen Stiftung für arme, kranke Studenten in Prag verwendet.

* **Cilli**, 15. Jänner. Ein slavischer Leseverein ist hier im Entstehen, der nicht nur Zeitschriften, sondern auch alle anderen literarischen Erscheinungen des Slaventhums auslegen wird. Durch freiwillige zahlreiche Gaben besitzt der Verein schon eine ziemlich zahlreiche Bibliothek.

Laibach, 19. Jänner.

Aus Tolmain (Görzer Kreis) wird geschrieben: Im Laufe dieser Woche sind die zwei letzten noch unbefestigten Gensd'armie-Postirungen in Grahova und Sedula aufgestellt worden, und befinden sich in voller und thätiger Ausübung ihres Dienstes.

Die wohlthätigen Folgen dieses, für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung so nothwendigen Institutes werden mit jedem Tage sichtbarer. Kurz vor der Einführung der Gensd'armie wimmelte dieser Bezirk, insbesondere die im steilen Gebirge liegenden Gemeinden, Weiler und Holzschläge von Deserturen und Recrutirungsflüchtlingen! Aber kaum begann die Gensd'armie ihre Thätigkeit zu entwickeln, so verging keine Woche, in der sich nicht entweder einige zur freiwilligen Einrückung meldeten, oder von der Gensd'armie eingebracht wurden.

So z. B. stellten sich in der letzten Woche 8 Deserture freiwillig vor diese Bezirkshauptmannschaft, und baten zu ihren Regimentern geschickt zu werden. Hierbei darf jedoch nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß gerade auf diese freiwillige Stellung der Flüchtlinge, der Ortscurat von Grahova, Joseph Vogrig, durch gute Lehren, edle Beredsamkeit und persönliches Vertrauen, welches er beim Volke im hohen Grade genießt, namhaft eingewirkt hatte, da dieselben zur Bedingung machten, nur dann freiwillig einrücken zu wollen, wenn sie Caplan Vogrig persönlich zur Bezirkshauptmannschaft begleite.

Correspondenzen.

Aus dem Pressburger Districte, 16. Jänner.

— □ — Es gibt kaum eine Stadt in Ungarn, wo das wissenschaftliche Leben mehr gefördert würde, als in Pressburg; nicht nur die Volksschule ist es, welche in der neuern Zeit vielfach verbessert und mit tüchtigen Lehrkräften bedacht wurde, sondern auch die höhern Bildungsanstalten, die Realschule, das Gymnasium und die Rechtsakademie entsprechen den Anforderungen der Zeit vollkommen und rivalisiren — ich darf es ohne Scheu behaupten — mit den vorzüglicheren Städten der übrigen Kronländer. Schon der zahlreiche Besuch unserer Schulen ist ein Beweis ihrer Trefflichkeit, und obwohl die deutsche Sprache als Unterrichtssprache vorherrschender ist, als die andern Landessprachen, so zählen wir doch viele Slaven und Magyaren unter den Studierenden. Aber eines hat uns bis jetzt gemangelt: eine Lehranstalt, die für den Gewerbsbeflissenen, der der Schule bereits entwachsen ist, einen Anhaltspunct bietet, um nachzuholen, was er in früheren Jahren theils versäumte, theils wegen Mangel an Gelegenheit nicht erlernen konnte, und wahrlich, es ist in dieser Beziehung viel, sehr viel einzubringen. Es verdient deshalb die wärmste Anerkennung, daß der Gemeinderath Sorge trug für ein so nothwendiges Institut, und das Inslebentreten desselben schon diesen Monat möglich macht. Es ist zunächst für Lehrlinge bestimmt; doch sollen auch Gesellen verhalten werden, daran Theil zu nehmen, da es ihnen ohnedieß nur eine Sonntagsstunde kostet. In der That sind auch bereits 700 Individuen eingeschrieben, und die Professoren der Realschule sind von dem Gemein-

berathe ersucht worden, die verschiedenen Lehrfächer zu besorgen; die Theilnehmenden bezahlen einen monatlichen Beitrag, der dann als Honorar unter die Lehrer vertheilt wird.

Nicht uninteressant dürfte ein von der Pressburger Stadthauptmannschaft veröffentlichter Ausweis über die im Jahre 1850 inhaftirten Individuen seyn. Ihre Zahl beläuft sich auf 3643, wovon 2529 männlichen, 1114 weiblichen Geschlechtes sind; Pressburger finden sich darunter 736, Fremde 2907; gegen voriges Jahr sind heuer 223 Pressburger mehr inhaftirt worden, was eben nicht das günstigste Licht auf unsere Zustände wirft. Inhaftirt wurde 1 Person wegen Kindesmord, 3 wegen Mordversuch, 9 wegen Einbruchsdiebstahl, 426 wegen Diebstahl, 232 wegen politischer Verbrechen, 2249 Wagabunden, 369 Betrunkene, 302 Bettler.

Körperlich bestraft wurden 43 (1849 waren es 82), in Freiheit gesetzt 2099. Die Zahl der politischen Verbrecher war 1849 um 1387 stärker, was noch den damaligen Verhältnissen zuzuschreiben war. Man sieht übrigens im Vergleich mit dem Jahre 1849, daß sich unsere Sicherheitszustände ziemlich gebessert haben.

Oesterreich.

Wien, 19. Jänner. Se. Majestät der Kaiser hat die Wahl des Dr. Jur. Carl Walther und des Dr. Jur. Wenzel Borowka, so wie des Bürgermeister-Stellvertreters Andr. Haase, als Berordnete der Prager Bürgerschaft, und zwar die beiden erstern bei dem permanenten und des letztern beim verstärkten böhmischen Landesausschusse bestätigt.

* Die „östr. Correspondenz“ schreibt unterm 16. Jänner: Wir lenken die Aufmerksamkeit unserer Leser auf folgende uns zugekommene Mittheilung aus vollkommen zuverlässiger Quelle, die an einen speciellen Fall anknüpfend kundgibt, daß das Unterrichts- und Cultusministerium ernstlich und unablässig dahin strebt, das Volksschulwesen im angemessenen Zusammenhange mit der Kirche zu organisiren, daß demgemäß die paritätische Behandlung von Schulstiftungen und Schulsolden nicht fernerhin zweckmäßig erscheint, daß ferner demgemäß eine Absonderung der bezüglichen Fonde vonnöthen wird, und daß bezüglich des Volksschulwesens in dem confessionell so gespaltenen Siebenbürgen Berathungen in diesem Sinne und dieser Richtung bereits statt gefunden haben.

„Das katholische Blatt aus Mähren hat jüngst die Nachricht gebracht, daß ein aus kath. Geldmitteln gestifteter katholischer Schulfond einem protestantischen Schullehrer, laut Statthaltereidecret ddo. Troppau 8. September 1850, Z. 6139, lebenslänglich 50 fl. C. M. bereitwilligst gegeben habe, und daran tadelnde Bemerkungen geknüpft. Diese Nachricht ist auch in die kath. Blätter von Tirol übergegangen. Wer dieselbe mitgetheilt hat, konnte, nach dem genauen Citate zu schließen, sie aus amtlicher Quelle schöpfen und war also sehr wahrscheinlich unterrichtet, daß der Minister des Unterrichtes diese Bewilligung ertheilt habe, hat aber, vielleicht aus Discretion, nur von der Statthaltereierwähnung gemacht.“

„Wir sind in der Lage, diese Ergänzung zu geben und zugleich den Grund anzuführen, welche den Minister des Unterrichtes dabei geleitet hat. Der Schul-

fond, dessen Entstehung in die letzten Regierungsjahre der Kaiserin Maria Theresia fällt, und welcher amtlich nirgends katholisch, sondern immer Normalschulfond genannt wird, wurde zwar größtentheils, aber nicht ausschließlich aus katholischen Fonds gebildet. Insbesondere bezieht er einen Theil seiner Einkünfte von einer Abgabe von jeder 300 fl. und darüber betragenden Verlassenschaft, welche nach dem Stande des Erblassers mit 1, 2 oder 4 fl. eingehoben wird.»

„Diese Abgabe ist zuerst mit Patent vom 14. September 1775 eingeführt worden, wurde sodann nach und nach auf alle Theile des Reiches, wo das Normalschulfondsinstitut eingerichtet wurde, ausgedehnt, und wird noch heutzutage in Befolgung des Justizhofdecretes vom 1. December 1788 von den Verlassenschafts-Abhandlungsinstanzen eingehoben. — Nachdem nun diese Abgabe auch von protestantischen Verlassenschaften eingehoben wird, so stellt es sich nur als eine Forderung der Gerechtigkeit dar, aus dem Normalschulfond von Mähren und Schlesien, wo derselbe seit seiner Entstehung von den protestantischen Verlassenschaften eine nicht unbedeutende Summe gezogen hat, auch einem protestantischen Schullehrer eine Unterstützung zu geben. Der Mann, um den es sich handelt, heißt Johann Chudoba, hat am 24. Juni 1850 sein fünfzigstes Dienstjahr im Schulfache zurückgelegt, und genießt von der Gemeinde Magdorf, welcher er dient, einen Jahresgehalt von 50 fl., welcher ihm bei der Unvermögenheit derselben nicht erhöht werden kann. Aus diesen Gründen also ist dem genannten Schullehrer mit Ministerial-Erlaß vom 8. August 1850 die Zulage von jährlichen 50 fl. aus dem mährisch-schlesischen Normalschulfond bewilligt worden.»

„Dieser Fall gibt übrigens ein gutes Beispiel von den Schwierigkeiten, in welche man nothwendig geräth, wenn der Staat Schulstiftungen und Fonde als paritätische behandelt, welche überall, wo einer natürlichen Entwicklung der Dinge Raum gegeben wurde, sich als confessionelle herausgebildet haben, wenn er zu dem Ende Stiftungen und Fonde, die aus religiösem Boden hervorgewachsen sind, zusammenwirft, mit Beiträgen, die auf Grundlage politischer Vorschriften von den Staatsbürgern ohne Rücksicht auf confessionelle Verhältnisse eingehoben werden.»

„Sobald dieser Weg verlassen wird, sobald die Volksschulen wieder in ihrem natürlichen Zusammenhange mit der Kirche betrachtet und demgemäß behandelt werden, wird man allerdings auch Vorkehrungen treffen müssen, daß katholische Schulsonde nicht für protestantische verwendet werden.»

„Man wird aber auch, ehe man die bestehenden Schulsonde für ausschließlich katholische erklärt, von den Anhängern anderer Confessionen nicht mehr Beiträge zu denselben einheben dürfen, sondern vielmehr ihre Beiträge auch ihren confessionellen Schulen zuwenden müssen. So wird gegenseitig jeder unnatürliche und das Heiligste im Menschen, das religiöse Gefühl verletzende Zwang aufhören, und die durchgeführte vernünftige Freiheit wird jede Veranlassung zu gegenseitigen Recriminationen zu vermeiden wissen.»

„Wir sind in Kenntniß gesetzt, daß das Ministerium selbst aufrichtig darnach strebt, auf diesen Punkt zu gelangen, und daß erst kürzlich die Berathungen, welche über das Volksschulwesen in dem confessionell so hohem Grade gespaltenen Siebenbürgen gepflogen worden sind, die Nothwendigkeit der Durchführung der confessionellen Trennung des Volksschulwesens auch in seinem öconomischen Theile, und die Nothwendigkeit der innigen Verbindung desselben mit der Kirche in das klare Licht gesetzt haben.»

— Um einerseits die Postvorschriften mit den Verkehrsverhältnissen in Einklang zu bringen, andererseits aber die Freiheit der Privatindustrie nicht zu beschränken, dagegen aber auch die Lasten der Staatspostanstalt im Personentransporte zu erleichtern, wurden über Antrag des Handelsministeriums mehrere neue Bestimmungen über Privatunternehmungen des periodischen Personentransportes von Sr. Majestät

genehmigt, welche mit 1. Februar 1851 in Wirksamkeit zu treten haben. Nach diesen Bestimmungen ist die Errichtung von Privatpoststationen oder Relais verboten. Privat-Unternehmungen periodischer Personentransporte mit und ohne Pferdewechsel dürfen nur gegen Concessionserteilung unter festgesetzten Modalitäten an Einzelne oder Gesellschaften Statt finden, wofür die Staatsverwaltung eine Besteuerung sich vorbehält. Die Postmeister, deren Pferde nicht benützt werden, erhalten eine angemessene Entschädigung.

— Der Herr Handelsminister hat sich veranlaßt gefunden, die lombardisch-venetianische Oberbau-Direction zu beauftragen, das Project für die Herstellung eines bereits vor dem Jahre 1848 zur Abhaltung von Sandanschwemmungen projectirten Gegendammes bei Malamocco bei Venedig, einer genauen Prüfung zu unterziehen, und im Einvernehmen mit der Central-Seebehörde mit Beschleunigung die geeigneten Anträge zu erstatten.

— Man versichert, daß Hr. v. Kraus die Absicht habe, im nächsten Monate einen Finanzcongreß einzuberufen, um mit diesem die Maßregeln zur Regelung des Geldwesens zu berathen.

— Auf den Stationen Pragerhof und Ponigl der südlichen Staatsbahn, denen es an gutem Wasser fehlt, werden artesische Brunnen gegraben.

— Der Rücktritt des Justizministers v. Schmerling wurde gestern in wohlunterrichteten Kreisen als gewiß angenommen.

— Wegen der überhand nehmenden Räubereien und Mordthaten ist im Pesther Militärdistricte das Standrecht publicirt worden.

— In Pesth haben am 15. d. zwei zwölfjährige Knaben gegen einen dritten Knaben, welcher in der Schule gegen sie immer bevorzugt wurde, einen Racheplan auf fürchterliche Weise ausgeübt. Unter einem Vorwand hatten sie Syrup und Vitriolöl eingekauft, mischten dieß zusammen, und lockten ihren Feind zu sich in's Zimmer. Der Knabe wollte nichts nehmen, da öffneten sie ihm gewaltsam den Mund, und gossen das Getränk hinein. Der arme Knabe kämpft jetzt unter den gräßlichsten Schmerzen zwischen Tod und Leben. Die beiden kleinen Verbrecher sind bereits dem Criminalgericht übergeben worden.

— Das in Prag erscheinende katholische Blatt „Blahovesi“ bringt eine Berechnung des Einkommens des Prager Erzbisthums. Nach einem dreijährigen Durchschnitte betrug dasselbe vor dem Jahre 1848 die Summe von 77 681 fl. 50 kr. Rechnet man die seit diesem Jahre durch Aufhebung der Robot, neue Steuern u. s. w. entstandenen Ausfälle von jener Summe ab, so stellt sich gegenwärtig das jährliche Einkommen des Prager Erzbischofes auf beiläufig 60.000 fl. Von dieser Summe werden einige Tausende zur Erhaltung der erzbischöflichen Dienerschaft verbraucht, ein anderer großer Theil aber an Arme, Wohlthätigkeitsanstalten u. s. w. vertheilt. Man hat berechnet, daß kaum 500 fl. C. M. wöchentlich hinreichen, um die Armen, welche in der erzbischöflichen Residenz zusammenströmen, zu betheilen.

— Für die bei der revolutionären Catastrophe vom Jahre 1846 verwaisten Kinder wurde eine Sammlung veranstaltet, welche bisher die Summe von 12.450 fl. ergab.

— Nach einem Schreiben in dem zu Krakau erscheinenden „Gaz“ aus Konstantinopel vom 26. December haben mehrere mit Disfizersstellen bekleidete Emigranten ihre Entlassung genommen, worauf von Seite der Pforte Jedem eine Gratification von 4000 Piastern erfolgt wurde. Sie richteten für diese Gunst eine Dank- und Ergebenheitsadresse an die Pforte, die 26 Unterschriften enthielt. Die Emigration in Schumla hat diesen Ort bereits verlassen und ist am 26. December in Konstantinopel angekommen, um sich nach Amerika einzuschiffen.

Die Zeit der Abreise ist auf den 15. Jänner anberaumt. Die Pforte hat 300.000 Piaster zur Bestreitung der Fahrkosten bis Liverpool bewilligt, von wo sie auf Kosten der englischen Regierung weiter befördert werden, welche auch versprochen habe,

für die erste Unterkunft in Amerika zu sorgen. Auch die hier zurückgebliebenen Emigranten haben vom englischen Gesandten Reisepässe erhalten, um die Türkei beliebig verlassen zu können. Mich. Czaykowski, welcher der Vermittler zwischen der Emigration und den westlichen Mächten gewesen, bleibt einstweilen dort unter dem Schutze Frankreichs, welcher Schutz ihm jedoch nach einer neuesten Eröffnung entzogen wurde.

Die polnischen Emigranten Adam Bloszowski, Strzelecki, Kabath, Kozlowski und Treczkin haben am 11. December Aleppo verlassen, um nach Palästina zu reisen, wo sie alle historisch merkwürdigen Orte sehen und beschreiben wollen.

— Die „Ostdeutsche Post“ bekämpft mit Lebhaftigkeit auf die Autorität des „N. B.“ hin, einige Bestimmungen, welche angeblich in ein neues Preßgesetz aufgenommen werden sollen. Wir können versichern, daß das „N. B.“ über die Absichten der Regierung nicht unterrichtet ist, und daß daher die „Ostdeutsche Post“ im Kampfe mit den Enten des „N. B.“ nur mit Windmühlen sichtet. (N. B.)

Pesth, 13. Jänner. Bem zählt in Ungarn manche Verehrerin. Unter diesen war eine in den Annalen der ungarischen Revolutionsgeschichte oftmals genannte Dame, deren auch in englischen Blättern, wie in den Memoirs of a Hungarian Lady by Therese Pulszky gedacht wurde. Parte Rückfichten zwingen uns, diesen Namen zu verschweigen, und bloß nachstehende Scene, deren Wahrheit wir verbürgen können, mitzutheilen, mag sie auch mancher schulweise Mann mitleidig belächeln. Jene Dame ist in Südungarn ansässig, und Bem war in der Zeit seines Glückes und Ruhmes mehrmals bei ihr zu Gast gewesen. Als er nach der verlorenen Schlacht bei Temesvar die Flucht nach Orsova antrat, sprach er zum Abschiede, pour prendre congé, wie er bei dem Eintritte wehmüthig lächelnd meinte, noch ein Mal bei seiner Freundin ein. Der Insurgentenchef Kmethy war Tags zuvor mit wenigen Begleitern durch dieselbe Detschaft gekommen, und blieb bald nach seinem Abzuge verschollen. Die Frau vom Hause machte Bem, wie dem gleichfalls anwesenden Guyon, der eine kleine Truppe commandirte, auf diesen räthselhaften Umstand aufmerksam, und ermahnte die beiden Krieger, auf ihrem weiteren Marsche Erkundigungen nach dem verschwundenen Waffenbruder einzuholen. — Während der bezüglich Debatten stürzten die jüngsten zwei Söhne der Dame, Knaben von sieben und neun Jahren, in die Stube und jubelten: „Mutter, die Kartenaufschlägerin kommt!“ Es war dieß eine alte Walachin von fast männlicher Statur, schneeweißen Haaren und funkelnden schwarzen Augen. Eine unheimliche Erscheinung! Die Alte schlich hustend herbei, und die Frau vom Hause wollte sie eben höflich, aber entschieden abweisen, als Guyon den Wunsch äußerte, eine Probe ihrer Kunst zu sehen. Die Alte ließ sich nicht lange bitten, und rangirte ihre schmutzigen, fast farblos gewordenen Kartenblätter auf dem Tische. Der Engländer wollte einen Drakelspruch bezüglich seiner fernen Gattin erhalten. Die Walachin zog ab, schlug auf und meinte bald darauf mit einer Art Jubel: „Ein günstiges Zeichen, hier der Herzkönig, dort die Herzdame, es liegt bloß die Sieben dazwischen. In sieben Monaten sehen sie sich wieder.“ Der Ausspruch ging bekanntlich fast in der angegebenen Zeitfrist in Erfüllung. — Bem ließ sich nun auch herbei, die Karten um das Schicksal Kmethy's zu befragen. Wieder das alte Manöver. Diesmal schienen die Karten nicht so günstig zu fallen, denn die Alte sprach kopfschüttelnd sinnloses Zeug; endlich aber kam die Alte in eine Art Jubel, und sie rief: „Gerettet! der Tod, das Treff-As, ist hart an ihm, aber der Herzkönig, dieser Herr hier (sie wies auf Guyon) kam zwischen Beide zu liegen. Ich will noch ein Mal auslegen. Sie (Bem) sind Treffkönig.“ Eine neue Taille. In der letzten Reihe befanden sich Treffkönig und Piquekönig (Kmethy) neben einander, dann kam ein Siebener und ein Zehner, endlich das ominöse Treff-As. „Einer stirbt

von Euch Beiden in siebenzehn Monaten," sprach die Walachin, „aber welcher es ist, vermag ich nicht zu sagen.“ — Am andern Tage befreite Guyon seinen Freund Amethy in einem benachbarten Orte aus der Dörrhütte, in die ihn die Walachen gesperrt hatten; siebenzehn Monate später geleitete Amethy Bem's irdische Ueberreste zum Grabe.

Krakau, 14. Jänner. Dem „Gzas“ zufolge hat das Comité für die Abgebrannten der Stadt Krakau in seiner Sitzung vom 11. d. beschlossen, neuerlich an die Besitzer der abgebrannten Häuser eine Summe von 144,000 fl. aus den eingeflossenen Hilfgeldern zu vertheilen. Dieselbe beträgt 6 Percent des Gesamtschadens. Die Vertheilungsquote wird aber nur in die Hände derjenigen Bürger ausgetheilt, welche sich ausweisen, daß sie die erstlich vom Comité erhaltene Hilfe von 10 Percent zum Aufbaue ihrer Häuser verwendeten und damit wenigstens bis zur Aufstellung des Dachstuhls gelangten. Die Quoten für jene Bürger, welche mit so gearteter Restaurierung ihrer Häuser sich nicht ausweisen, werden einseitig in der Comitécasse zurückbehalten.

Deutschland.

Berlin, 14. Jänner. Ueber den Stand der Verhandlungen in Dresden hört man hier, daß eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich über die Gestaltung der neuen Bundes-Executive erreicht oder angebahnt worden sey. Indessen ist die Zollfrage jetzt der eigentliche Bewegungspunct für die deutsche Angelegenheit geworden. Preußen hat der Fortsetzung der Kasseler Zollverhandlungen in Dresden mit einer Nachdrücklichkeit widerstrebt, die wenigstens darauf schließen ließ, daß auch die diesseitige Regierung den Einfluß auf die constituirende Kraft erkennt, welche dieß Element bei der Neugestaltung der deutschen Bundesverhältnisse ausüben wird und muß. Es möchte aber in diesem Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden können, welche Richtung Preußen bei dieser nothwendigen Zueinanderbewegung des politischen und commerciellen Elements befolgen und festhalten werde. Schon neulich deuteten wir die Schwankungen an, welche darüber im Schooße unseres Ministeriums Platz gegriffen. Diese haben in den letzten Tagen noch auf eine hervorragende Weise zugenommen, und unser Gouvernement befindet sich in einer Entwicklung seiner Ansichten, durch die es auf der bevorstehenden Zollconferenz in Wiesbaden wahrscheinlich eine sehr veränderte oder modificirte Stellung auch gegen diejenigen Beschlüsse einnehmen wird, welche unter seiner Mitwirkung bereits in Kassel zu Stande gekommen waren. Der Zollvereinscongrès wird in Wiesbaden wieder zusammentreten, wohin der preussische Bevollmächtigte, Geheim-Rath Delbrück, über Hannover abgegangen ist. An der mehr oder minder kategorischen Abwendung der preussischen Regierung von dem Schutzoll-Systeme hängt auch noch immer das Portefeuille des Herrn v. d. Heydt wie an einem zweifelhaften Faden. Die preussische Seite in Dresden eingenommene Position möchte aber nicht mehr mit den Ansichten des diesseitigen Handelsministers übereinstimmen. Preußen hat neuerdings die Schwierigkeiten gehäuft, um den Abschluß über die Zollfrage und die materielle Einigung Deutschlands nicht inmitten der Dresdener Conferenzen und unter den Bedingungen derselben Stand finden zu lassen. Diese Schwierigkeiten würden besonders dann unübersteigliche seyn, wenn Preußen dabei beharren wollte, bei allen Modificationen in der Steuer- und Zollgesetzgebung auf die Landesvertretung zurückzugehen und deren Zustimmung in die Waagschale zu werfen. Man wird es Preußen nicht verübeln können, daß es seinem bisherigen Verhältniß zum Zollverein, dessen Gründer und Mittelpunkt es gewesen, vollständige Rechnung zu tragen sucht. Die preussische Regierung würde aber zugleich ihr Verhältniß zu der neuen politischen Constitution Deutschlands gänzlich verkennen, wenn sie

nicht eben auch auf diese bei der Abwicklung ihrer aus dem Zollverein bestehenden Verpflichtungen die unweigerliche Rücksicht nehmen wollte. Denn es müssen hier allmähliche und stufenweise Uebergänge gefunden werden, wie sie auch von vorn herein in dem Plan der österr.-deutschen Zollvereinigung gedacht liegen.

In diesem Sinne ist auch die so eben durch das „Dresdener Journal“ veröffentlichte Denkschrift der sächsischen Regierung, welche eine Verständigung über die Grundzüge einer materiellen Einigung Deutschlands in sehr sachgemäßer und klarer Weise entwickelt, gehalten. Es wird aber darin ebenfalls eine Behandlung dieser Angelegenheit durch die Dresdener Conferenz vorausgesetzt, und derselben eine Ersetzung von Art. XIX. der Bundesacte und Art. LXIV. der Wiener Schlußacte durch eine Bestimmung vorgeschlagen, welche die vollständige Vereinigung aller deutschen Staaten zu Einem Zoll- und Handelsgebiet mit gleicher Gesetzgebung in Zoll- und Handelsfachen zu ihrem prinzipiellen Ausgangspunct nimmt und daher die annähernden Schritte einer gleichen Organisation zu begründen strebt.

In der gestern Mittag Statt gefundenen Berathung des Staatsministeriums wurde, wie man vernimmt, auch die schleswig-holsteinische Angelegenheit in ihrem gegenwärtigen Stande sehr lebhaft erörtert. Wenn das Zusammenwirken der österreichisch-preussischen Commissarien in der Sache der Herzogthümer die erwünschtesten Resultate gewährt hat: so ist die Geltendmachung derselben bei dem dänischen Cabinet in Kopenhagen noch der zurückgebliebene Theil der Aufgabe. Bisher hat die österreichische Regierung diese Verhandlung in Kopenhagen ausschließlich vertreten, die sie ohne Zuziehung Preußens führte. Da aber Preußen und Oesterreich bei der gegenwärtigen Pacification Holsteins zugleich als Vertreter des deutschen Bundes ihre Wirksamkeit geübt haben, so würde der Abschluß der Verhandlungen in Kopenhagen nach unserm Bedünken auch in das Bereich der Dresdener Conferenzen fallen und dort zur Vorlage gebracht werden müssen. Wenigstens faßt man jetzt hier den Instanzenzug in dieser Angelegenheit in dieser Weise auf.

In den hiesigen conservativen Kreisen sind die neuesten Nachrichten aus Holstein mit außerordentlicher Befriedigung aufgenommen worden. Unsere Regierung scheint nicht geneigt, unter den gegenwärtigen Umständen noch ihre zum Einrücken in Holstein bestimmten Truppen marschiren zu lassen, obwohl dieselben seit mehreren Tagen zum Ausbruch bereit liegen und hier in der Hauptstadt, wie in deren nächsten Umgebungen die Quartiere füllen. Die Entschließungen der dänischen Regierung dürften abgewartet werden, ehe Preußen und Oesterreich über den Gebrauch ihrer Waffen und Truppen wesentlich rückgängige Verfügungen treffen können. In demselben Sinne kann auch nur das einstweilige Verbleiben holsteinischer Besatzungen in den Festungen Rendsburg und Friedrichsort aufgefaßt werden.

(W. 3.)

— Aus Hamburg wird vom 15. d. gemeldet: Die Conferenzen zwischen den Bundes- und den dänischen Commissären in Beziehung auf die Pacificationsmaßregeln dauern fort. Der dänische Commissär, Graf Reventlow-Criminil, scheint für seine Regierung eine weitergehende Betheilung an der Herstellung der staatsrechtlichen Ordnung anstreben zu wollen, als nach den Beschlüssen des deutschen Bundes zugestanden werden kann. Die deutschen Commissäre haben es unter solchen Umständen für nothwendig befunden, neue Instructionen einzuholen, um die Conferenzen in gedeihlicher Weise fortsetzen zu können.

— In Betreff der bevorstehenden beträchtlichen Reduction der preussischen Armee wird mitgetheilt, daß die Beurlaubung von weitem 70.000 Mann angeordnet wurde.

— In der badischen zweiten Kammer wurde der Antrag des Abgeordneten von Soiron: „die Kammer

wolle erklären, daß die Gesetze über die Presse, Vereine und Volksversammlungen, so wie über Einführung des Strafgesetzbuches, sobald als möglich zu verkünden und alsdann der Kriegszustand aufzuheben sey,“ mit großer Majorität angenommen.

Italien.

* **Rom, 12. Jänner.** Die allgemeine Aufmerksamkeit wendet sich dem bevorstehenden Gesetze wegen Einrichtung der Gemeinde-Verhältnisse der Hauptstadt zu.

Man betrachtet es als Gewinn, daß einige Verwaltungszweige, z. B. die Erhöhung der Gebühren von gebrannten Flüssigkeiten und Fourage dem Ministerium der Finanzen zugewiesen und der Commune, welche sich bisher mit deren Behebung befaßt, entzogen werden sollen.

— Der Papst hat die Municipalcommission, welche ihn zum neuen Jahre beglückwünschte, mit großer Auszeichnung empfangen und erklärt, daß er von den aufrichtigsten Gefühlen für das Wohl der Stadt Rom durchdrungen sey. — Heute veranstaltete der französische Commandant Gemeau eine Revue auf dem St. Petersplatze, wobei zwei Brigaden erschienen.

Frankreich.

Aus Briefen von Paris vom 13. Jänner entnehmen wir Folgendes:

Die Ernennung des Generals Baraguay d'Hilliers soll auf die Armee einen sehr übeln Eindruck gemacht haben. Es wird die ihm Schuld gegeben, er habe in den Tunitagen 1848 die Uebergabe des Commando's eines gebliebenen Generals unter dem Vorwande verweigert, daß der en Chef commandirende General Cavaignac ein jüngerer General als er sey.

Dem verbreiteten Gerüchte, als ob der Präsident der Republik im Besitze eines Schreibens des Generals Changanier an die Herzogin von Orleans wäre, wird in diesen Briefen mit Bestimmtheit widersprochen.

Man hegt große Besorgnisse vor den möglichen Folgen der Haltung, welche die Nationalversammlung gegenüber des Präsidenten angenommen hat. Während der parlamentarischen Kämpfe dauert auch das Bestreben der Männer der Regierung und der Kammer, sich in den Journalen in den Augen des Volkes wechselseitig herabzusetzen und durch Skandal moralisch zu tödten, fort.

Während der „Constitutionel“ in seinen Angriffen auf die Häupter der Majorität bis auf die Bankete des Jahres 1848 zurückgreift, bringt die „Assemblée“ „nationale Enthüllungen,“ über die Anerbietungen, die der Präsident dem General Changanier gemacht, und über Umtriebe, die er sich in Gemeinschaft mit dem Finanzminister Fould auf der Börse erlaubt haben soll.

Die vaterlandsliebenden und wohlgesinnten Personen sind in großer Bestürzung über diese Handlungsweise. Welche Achtung soll das Volk vor Staatsgewalten haben, die, ohne dieß precären Stellung, sich durch solche Mittel wechselseitig zu entehren versuchen? Und wenn alle Männer, die möglicher Weise Frankreich regieren können, beschimpft, besudelt und unmöglich geworden sind, was wird aus der französischen Gesellschaft werden, in wessen Hände werden die Zügel der Gewalt fallen?

Neues und Neuestes.

Telegraphische Depeschen.

Rom, 11. Jänner. Die Regierung hat sich bereit erklärt, mit Toscana und Oesterreich über Eisenbahn-Verbindung in Unterhandlung zu treten.

Florenz, 13. Jänner. Der „Statuto“ ist wegen eines Artikels gegen das Theatergesetz auf einen Monat suspendirt worden. Der Postvertrag mit Frankreich ist abgeschlossen, die Ratificationen desselben werden abgewartet.

